



Endlich wieder ein genehmigter Haushalt – doch Unsicherheiten bleiben



von Hermann Dierkes
Vorsitzender der Ratsfraktion DIE LINKE Duisburg

■ Mit der Verfügung der Bezirksregierung vom 27.09.12 hat Duisburg erstmals seit über einem Jahrzehnt wieder einen genehmigten Haushalt. Voraussetzung für die Genehmigung war auch die Aufstellung eines Haushaltssanierungsplans (HSP) nach dem Stärkungspaktgesetz des Landes NRW von Ende 2011. Der HSP soll – gestützt auf umfangreiche Landeszuschüsse – bis 2016 den Haushaltsausgleich erbringen. Dann werden die Zuschüsse auf null abgeschmolzen. Ab 2021 muss Duisburg ohne Zuschüsse aus dem Stärkungspaktgesetz des Landes NRW auskommen. Der HSP wurde ebenfalls genehmigt. Es sieht Haushaltsverbesserungen von insgesamt 61 Mio. Euro bis 2016 und von 82 Mio. Euro bis 2021 vor.

Mit der Genehmigung muss nicht länger buchstäblich alles und jedes bei der Kommunalaufsicht erbettelt werden. Nun gilt es, den Haushalt für 2013 so schnell wie möglich aufzustellen und im März zu verabschieden, um den Rückfall in die sog. »vorläufige Haushaltsführung« so kurz wie möglich zu

halten. Nach dem Stärkungspaktgesetz müssen die 34 am meisten verschuldeten Kommunen jeweils zum 1.12. eines jeden Jahres den Haushalt für das Folgejahr vorlegen. Das ist dieses Mal – nicht nur bei uns – nicht einzuhalten, der Rat konnte den Haushalt für 2012 angesichts der veränderten Ausgangslage ja erst im letzten Juni verabschieden.

Die Ratsfraktion der LINKEN sieht sich mit ihrem Kurs innerhalb der rot-rot-grünen Kooperation bestätigt. Mit der Genehmigung hat die kommunale Selbstverwaltung gewonnen. Unsere Stadt hat ein großes Stück Handlungsfähigkeit und Planungssicherheit zurück bekommen. U. a. erhalten die öffentlichen Einrichtungen, Vereine und Verbände das, was beschlossen wurde.

Die Genehmigung war – wie bereits erwähnt – nur möglich, weil die Ratsmehrheit im Gegenzug zu den Entschuldungsmitteln des Landes zusätzlich zu dem bisherigen Haushaltssicherungskonzept ein weiteres Konsolidierungsprogramm beschlossen hatte. Es verlangt sicherlich erneut Opfer, aber ohne Sozialschweinereien und ohne Privatisierungen. Die Ratsmehrheit hatte gerade hier ein Drittel der Vorschläge der Verwaltung in Höhe von knapp 23 Mio. abgelehnt bzw. ver-



thick/campact

mindert. Außerdem werden Gewerbe- und Grundsteuer ab 2014 nochmals erhöht, der Umstrukturierungsprozess von Stadtverwaltung und Tochterbetrieben geht weiter, um sie effizienter und kostengünstiger aufzustellen. Die Sanierung verlangt ein strenges Controlling und Maßnahmen der Gegensteuerung, wenn Einnahmen und Ausgaben sich nicht so entwickeln, wie vorgesehen. So will es auch die Kommunalaufsicht. U. a. wird der Wunsch Duisburgs und vieler weiterer Kommunen nach einer verminderten Umlage für den Landschaftsverband Rheinland vorerst nicht in Erfüllung gehen. Die Kommunalaufsicht bezweifelt auch, ob die – nach heftiger Kontroverse – verminderte Einsparsumme der Oper um rd. 1 Mio. Euro realisierbar ist.

Trotz Genehmigung bleibt aber auch die Sorge, dass örtliche Faktoren die Haushaltsplanung wieder negativ

beeinträchtigen können; so die weitere Entwicklung bei einigen Töchtern (Gebag, DVV, Klinikum usw.), die an den städtischen Haushalt Dividenden abführen müssen. Erhöhte Risiken liegen auch in Entwicklungen, auf die Duisburg keinen Einfluss hat – wie eine verschärfte Euro-Krise, Zinssprünge bei den Kommunalkrediten oder eine neue Weltwirtschaftskrise mit Steuereinbrüchen. Das Schicksal der Kommunen hängt weiterhin stark von der Bundespolitik, der Privatwirtschaft und dem Geschehen an den Börsen ab. Der Rat hat deshalb am 27.9.12 auf Initiative der LINKEN beschlossen, der bundesweiten Kampagne für eine gerechte Vermögens- und Steuerpolitik beizutreten. Der Bund muss wesentlich mehr tun, damit die Kommunen nachhaltig wieder auf die Beine kommen. Die Übernahme der Grundsicherung im Alter war nur ein erster Schritt.

Crossroute 51°

Ein Blick in die Zukunft der Städtepartnerschaften



von Martina Ammann
Ratsfrau DIE LINKE.Duisburg

■ Am Jugendkulturcamp »Crossroute 51°« vom 6.-22.7.12 auf der Mühlenweide nahmen 100 Jugendliche aus Duisburg und den Partnerstädten Portsmouth, Calais, Perm, Vilnius und Gaziantep teil. In diesem Jahr wurden die Vorbereitung und die finanzielle Unterstützung durch die Gerhard-Mercator-Stiftung ermöglicht. Anlässlich des 500. Geburtstags von Gerhard Mercator fanden die unterschiedlichsten Projekte zum Thema »Wenn sich unsere Wege kreuzen ... « statt. Gezeichnet wurde eine Landkarte der Vielfalt. Tanz, Theater, Performance, Komposition, Installation, Poesie, Design, Kochkunst, Veranstaltungstechnik, Dokumentation sowie Freizeitaktivitäten setzten Impulse. Die

Auftakt- und Abschlussveranstaltung gaben einen Einblick in die beeindruckende Arbeit der Workshops, die von lokalen KünstlerInnen aus Duisburg und den Heimatstädten der Jugendlichen unterstützt wurde. Bereits in der Vorbereitung auf das Camp bereiteten alle TeilnehmerInnen in ihren Heimatstädten einen eigenen Beitrag vor. Die jungen DuisburgerInnen erlebten durch ihr eigenständiges

und kreatives Arbeiten mit jungen Menschen aus verschiedenen europäischen Städten eine Stärkung ihrer interkulturellen und sozialen Kompetenzen.

DIE LINKE. bewertet die Aktivitäten, in einer solchen Form die Duisburger Städtepartnerschaften zu pflegen sehr positiv. Projekte im Jugendbereich werden künftig wesentlich mit dazu beitragen, dass junge



DuisburgerInnen Kontakte zu ihren AltersgenossInnen in verschiedenen europäischen Städten knüpfen und sich für die Situation junger Menschen in anderen Ländern interessieren.

Jugendkulturveranstaltungen sollten in den nächsten Jahren ein wichtiger Bestandteil der Begegnungen zwischen Duisburg und den Partnerstädten sein. Den Duisburger Gästen bieten sie einen Einblick in das kulturelle Leben in der Stadt, Begegnungen und Gesprächen. Die Stadt ist gefordert, sich zu bemühen, einen Weg zu finden um auch künftig Jugendkulturprojekte als »gelebte Städtepartnerschaft« zu ermöglichen. In Gesprächen mit Sponsoren, den Duisburger Jugendverbänden, Initiativen und Vereinen könnten Ideen gesammelt werden, um eine Fortsetzung der sehr erfolgreichen Veranstaltung »Crossroute 51°« auch in den nächsten Jahren zu realisieren.

Traumretter bedanken sich

■ Der Verein Traumzeitretter e.V. hat sich bei der Linksfraktion und den Ratsfraktionen bedankt, die sich für den Erhalt des mangels Haushaltsmitteln von Einstellung bedrohten Traumzeitfestivals eingesetzt haben. Der Beschluss des Rates sieht vor, dass die beliebte »Traumzeit« und die Duisburger Akzente ab 2013 im jährlichen Wechsel durchgeführt werden. Für den Erhalt sind neben den öffentlichen Mitteln Sponsorgelder und bürgerschaftliches Engagement sehr wichtig. Der Traumzeit-Verein hat selbst bereits über 25.000 Euro an Spenden gesammelt

DVV-Krise

■ Vor allem durch die Krise am Energiemarkt und die Konzeptlosigkeit der Bundesregierung kommen die Duisburger Stadtwerke in schweres Fahrwasser. Strom- und Gasabsatz sind rückläufig, die Marktpreise haben sich nicht so entwickelt, wie erhofft, die Gestehungspreise sind gestiegen und das Vorhalten der fossilen Kraftwerke für die Grundlastenerzeugung wirft immer weniger ab. Das hat unangenehme Folgen für die Holding DVV und den städtischen Haushalt. Die DVV stellt den Querverbund der Stadtwerke mit der DVG her, um deren nach wie vor hohe Verluste aufzufangen. Der Haushalt wird belastet, weil Verluste der DVV ausgeglichen werden müssen. Dabei sollte in diesem Jahr erstmals eine »schwarze Null« erreicht werden. Die DVV hat bereits ein Maßnahmenprogramm aufgelegt, das in den nächsten Jahren rd. 30 Mio. Euro einsparen soll, davon 15 Mio. Euro bei den Personalkosten. Betriebsbedingte Kündigungen bleiben ausgeschlossen. Mit einem neuen Altersteilzeitangebot hofft man, rd. 100 Beschäftigte abzubauen. Die Krise hat zu handfesten Auseinandersetzungen zwischen den Arbeitnehmervertretern und dem Vorstandsvorsitzenden Dr. Janning und im Vorstand selbst geführt. Der Aufsichtsrat soll ihn Ende Oktober von seinen Aufgaben entbinden. Dr. Janning ist allerdings auch eine Schlüsselfigur im Aufsichtsrat der Steag, bei der sich Duisburg und fünf weitere Ruhrkommunen eingekauft haben.

8 Fragen an Carsten Tum, Planungsdezernent der Stadt Duisburg

»Große Herausforderungen verlangen Kreativität«

Seit Anfang April dieses Jahres bist Du Planungsdezernent. Die Probleme und Herausforderungen waren Dir als langjährig in Duisburg Wohnender, aber in Gladbeck Arbeitender, nicht unbekannt. Dir war klar, dass Du zusätzlich im Fokus stehen würdest, weil Du im Rahmen der Kooperation von Rot-Rot-Grün von der Linksfraktion vorgeschlagen wurdest. Was hast Du in den letzten Monaten vorgefunden, was hast Du angepackt, wie fühlst Du Dich?

Zunächst möchte ich mich bei Allen bedanken, die mich bei meinem Start so wohlwollend unterstützt haben; hierbei beziehe ich ausdrücklich auch die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE mit ein. Ich wurde von Politik und Verwaltung und vielen BürgerInnen sehr offen empfangen und habe viele interessante Kennenlerngespräche führen können. Inhaltlich hatte ich es sogleich mit großen Themenfeldern wie dem Haushalt zu tun, die ja nun wahrlich kein »Zuckerschlecken« waren. Ein weiteres Thema, das mir zu Beginn meiner Tätigkeit sehr am Herzen lag, waren die Gespräche mit den Hinterbliebenen der Loveparade-Katastrophe und in diesem Zusammenhang die Ausgestaltung der Gedenkstätte; hier stehen wir nun unmittelbar vor einer einvernehmlichen Lösung.

Angesichts der Probleme unserer Stadt, die Du jetzt auch aus der Innensicht erfährst und bearbeitest, keine Reue, sondern Tatendrang und Spaß an der Freude?

Ich bereue überhaupt nichts; mir macht die Arbeit sehr viel Spaß; ich habe im Stadthaus ein tolles Team und die Zusammenarbeit funktioniert sehr gut. Es gibt viele interessante Projekte zu bearbeiten und mit dem Planungsprozess Duisburg 2027 auch aktuell die Möglichkeit, die Stadtentwicklung für die nächsten 15 Jahre gemeinsam mit der Stadtgesellschaft abzustimmen und vorzuzeichnen. Es ist natürlich mehr Kreativität erforderlich in einer Stadt mit den Haushaltsproblemen und sozialen Verwerfungen wie Duisburg als etwa in Düsseldorf; aber gerade da liegt die besondere Herausforderung, derer ich mich als Duisburger besonders verpflichtet fühle.

Bleibt Dir überhaupt noch Zeit für Deine Familie?

Familiär ist alles im Lot; wenn auch die Arbeitsbelastung keinen frühen Feierabend ermöglicht, so sind meine Frau und meine beiden Jungs doch froh, dass ich nun in unserer Heimatstadt arbeite und sie zudem deutlich mehr Anteil an meiner Tätigkeit nehmen können.



Wie klappt die Zusammenarbeit mit dem neuen OB? Welchen Eindruck hast Du von der Arbeit des Ausschusses, des Rates und der Bezirksvertretungen sowie den bürgerschaftlichen Treffen, zu denen Du eingeladen wirst?

Der neue OB bringt richtig frischen Wind ins Rathaus; er ist sehr engagiert und packt überall richtig an. Es macht viel Spaß mit Sören zusammen zu arbeiten. Die politische Arbeit in Duisburg erlebe ich als intensiv aber fair; mir gefällt, dass man trotz gelegentlich konträrer Ansichten und intensiver Debatten hinterher immer noch ein Bier miteinander trinken kann ...

Was sagst Du dazu, dass wir nach über einem Jahrzehnt wieder einen genehmigten Haushalt haben und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für Dein Dezernat?

Für die Stadt Duisburg ist es enorm wichtig, dass wir selbst bestimmen können, wo wir unser weniges Geld ausgeben. Ein nicht genehmigter Haushalt hätte uns den Sparkommissar ins Haus geholt; dennoch habe ich z.B. für die Unterhaltung von Brücken und Straßen deutlich zu wenig Geld zur Verfügung.

Nun zu einigen der zentralen stadtplanerischen Herausforderungen: Innenstadtentwicklung, Bahnhofsvorplatz, altes Güterbahnhofs-gelände, Stadtteilentwicklung ...

Wichtig ist mir, dass die IDE, die Innenstadt-Entwicklungsgesellschaft, nun in Kürze wieder in das Planungsdezernat integriert wird. Ich bin dabei, das Integrierte Handlungskonzept für die Innenstadt zu überarbeiten und die Projekte neu zu priorisieren. Mit dem Land und der Bezirksregierung ist z.B. abgestimmt, dass wir im Juni 2013 auf dieser Grundlage einen neuen Förderantrag für den Bahnhofsvorplatz einreichen werden und voraussichtlich 2014 mit der Umgestaltung beginnen können; zuvor werden wir in einem öffentlichen Beteiligungsprozess Bürger, Politik, Vereine und Verbände in die Planungsüberlegungen einbeziehen. Beim Güterbahnhofs-gelände in Wedau laufen die Gespräche noch; ich rechne erst im nächsten Jahr mit dem Abschluss. Bei Erfolg werden wir dort eine bedeutsame Potenzialfläche für Uni-affines Gewerbe, Wohnen und Freizeit zur Verfügung haben. Es ist wichtig, dass es neben notwendigen Abrissprojekten (Bruckhausen) auch Flächen gibt, auf denen wir neue, qualitätsvolle Wohnbauflächen anbieten. Wenn die Düsseldorfer dabei Schwierigkeiten haben, helfen wir in Duisburg doch gerne aus ...

Wie geht es mit den stadtplanerischen »Brandherden« unserer Stadt weiter - FOC, Hochfeld?

Das FOC macht viel Arbeit; zurzeit befassen wir uns mit den diversen Gutachten. Besonders die Störfallfrage hat ja gezeigt, dass auch Maßnahmen auf dem Gelände der Firma Grillo ergriffen werden müssen, um eine Genehmigungsfähigkeit herzustellen. Hier laufen intensive Gespräche mit der Firmenleitung. An dieser Stelle möchte ich darauf hinweisen, dass das, was derzeit bei der Firma Grillo produziert und verarbeitet wird, den Regeln der Technik entspricht und laut Aufsichtsbehörde keinerlei Anlass zu Beanstandungen gibt. Durch ein neues Vorhaben wie das FOC werden jedoch neue Maßstäbe angelegt, die erfüllt werden müssen. Daneben beschäftigen wir uns auch mit den Auswirkungen auf den Verkehr, die Umwelt und den Einzelhandel. Ich gehe davon aus, dass wir in absehbarer Zeit mit der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange starten werden und in der ersten Jahreshälfte 2013 den Satzungsbeschluss des Bebauungsplanes anpeilen. Das Thema Hochfeld ist sicherlich in anderer Hinsicht schwierig; hier macht mir – ebenso wie in

anderen Stadtteilen - der umfangreiche Zuzug von Menschen aus Südosteuropa Sorgen, da die jeweilige Wohnsituation, die sozialen Verhältnisse und die Nachbarschaften Probleme bereiten; der OB hat das Thema zur Chefsache erklärt und unsere Integrationsbeauftragte mit der Federführung beauftragt. Auch das Stadtentwicklungsdezernat ist eingebunden, da der Umgang mit Schrottimmobilien häufig in direktem Zusammenhang steht. Dieses Thema können wir jedoch nicht als Stadt alleine lösen, sondern benötigen die Hilfe von Bund und EU.

Was wünschst Du Dir – aus Sicht des obersten Stadtplaners – am meisten für das nächste Jahr?

Ich wünsche mir, dass unsere Stadt wieder vermehrt positive Schlagzeilen schreibt und das Ansehen nach Innen wie nach Außen deutlich besser wird. In diesem Sinne hoffe ich natürlich u.a. auf die Wiedereröffnung der Mercatorhalle, die Genehmigung des FOC und die Fertigstellung der Gedenkstätte. Und der MSV bleibt natürlich in der zweiten Liga ...

Interview: Herman Dierkes

Neu in der Duisburger Linksfraktion



In die Linksfraktion wird für Brigitte Diesterhöft, die ihr Mandat aus beruflichen Gründen unlängst niedergelegt hat, die Medizinstudentin Dilan Sert nachrücken. Sie hat bereits als Bezirksvertreterin in Walsum erste kommunalpolitische Erfahrungen sammeln können.

Für den Erhalt der GfB statt Ausverkauf kommunaler Beschäftigungspolitik



von Thomas Keuer
Ratsherr DIE LINKE.Duisburg

Seit über 30 Jahren werden in der Jugendwerkstatt in Hochfeld Benachteiligte ausgebildet. Jugendliche, die nahezu chancenlos oder z. B. wegen sexuellen Missbrauchs, Behinderung oder Kriegstrauma auf Hilfe angewiesen sind. Die Vernichtung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen in der Kohle- und Stahlindustrie führte zu der Einrichtung dieser 70 Plätze in der Jugendwerkstatt – benötigt werden weit mehr. In jedem Jahr müssen Fördergelder aus Bundesmitteln eingeworben werden. Und weil diese nicht ausreichen, wird der Rest von der gemeinnützigen Gesellschaft für Beschäftigungsförderung (GfB) übernommen.

Durch die GfB konnten die in der Vergangenheit erwirtschafteten Gewinne aus anderen Bereichen eingesetzt werden. Doch diese brechen weg, weil die Bundesregierung die Arbeitsmarktförderung zusammengestrichen hat. Der Jahresumsatz der GfB hat sich mehr als halbiert. Damit nicht genug: Der ehem. Geschäftsführer wurde aus parteipolitischen Gründen von CDU und Grünen abgelöst. Zu dieser Zeit war die GfB erfolgreich und erwirtschaftete Gewinne. Nun musste sie die Altersvorsorge des ausgeschiedenen Geschäftsführers und



zwei neue Geschäftsführer bezahlen. Wie in vielen Betrieben sollten nun die Beschäftigten und nicht zuletzt die Jugendlichen in Hochfeld die Zeche bezahlen. Die Geschäftsführung kündigte den Tarifvertrag und forderte den Abschluss eines Notlagentarifvertrags.

Vor diesem Hintergrund hat die Rats-Kooperation von SPD, LINKEN und Grünen die Reißleine gezogen und beschlossen, alles zu unternehmen, die von Insolvenz bedrohte GfB zu retten. Ihre Beschäftigten mussten zudem vor betriebsbedingten Kündigungen geschützt werden.

Dabei hat sich die Linksfraktion dafür ausgesprochen, die GfB als gemeinnützige Gesellschaft unter dem Dach der Wirtschaftsbetriebe zu erhalten. Selbstverständlich ist sicherzustellen, dass kein Müll-Gebührensahler für die Verluste der GfB aufkommen muss.

Doch weder CDU, FDP und die sogenannte DWG waren sachlichen Argumenten zugänglich. Da interessierte auch nicht, dass der Rat über die umstrittene Benennung der Geschäftsführung bei WBD und GfB gar nicht zu entscheiden hatte. Denn dies blieb dem Verwaltungsrat der Wirtschaftsbetriebe unter Beteiligung der Arbeitnehmer vorbehalten.

Den über 100 Beschäftigten ist durch die Entscheidung der Ratskooperation die Arbeitslosigkeit erspart geblieben. Für DIE LINKE kommt es nun darauf an, die kommunale Beschäftigungspolitik zu tariflichen Bedingungen und sozialversicherungspflichtig auszubauen. Dazu brauchen wir eine starke GfB und eine kompetente Geschäftsführung. Eine Privatisierung der Beschäftigungspolitik lehnt DIE LINKE weiter ab.

Förderung des Lehrstellenangebots 2013

Aufgrund der Verkürzung der gymnasialen Schulzeit werden 2013 zwei komplette Jahrgänge aus den Sekundar-II-Stufen auf den Ausbildungsmarkt drängen. Wegen der zu erwartenden Bewerberzahlen hat die Kooperation den OB in einem Antrag an den Rat gebeten, Gespräche mit allen Beteiligten über ein zusätzliches Engagement für mehr Ausbildungsangebote zu führen. In diesem Zusammenhang sollen die Möglichkeiten bei der Stadt Duisburg und ihren Töchtern ebenso nochmals überprüft und gegebenenfalls zusätzliche Vorschläge vorgelegt werden.

Duisburg – Fairtrade-Town

Ein breites gesellschaftliches Bündnis setzt sich in Duisburg dafür ein, dass die Stadt zur »Fairtrade-Town« wird. Um »Fairtrade-Stadt« zu werden, müssen fünf Kriterien erfüllt sein. Nach Erfüllung aller Kriterien, Einreichung der Bewerbung und Prüfung durch TransFair e.V. wird der Titel »Fairtrade-Town« für zunächst zwei Jahre vergeben. Nach Ablauf dieser Zeitspanne erfolgt eine Überprüfung, ob die Kriterien weiterhin erfüllt sind. Die Kooperation stellte den Antrag, dass Duisburg den Titel »Fairtrade-Town« anstrebt und u.a. bei allen Sitzungen des Rates und der Ausschüsse Fairtrade-Kaffee sowie mindestens ein weiteres Produkt aus Fairem Handel verwendet wird.

Bildungs- und Teilhabepaket

Der Verband der Musikschulen gab Anfang März 2012 bekannt, dass mit dem Bildungs- und Teilhabepaket zahlreiche neue Angebote für Kinder und Jugendliche entstanden sind. Über 96 Prozent der Antworten von 257 der Musikschulen geben an, neue Angebote eingerichtet zu haben, die aus dem Bildungspaket mitfinanziert werden. 76 Prozent bieten Kurse an, die sich allein aus dem Bildungspaket finanzieren. Die Fraktion DIE LINKE hat die Verwaltung um einen Sachstandsbericht gebeten, wie sich die Situation in Duisburg darstellt und mögliche Aktivitäten in Kooperation mit der Musikschule, wie der Kreis der berechtigten Kinder und Jugendliche erweitert werden kann.

Bahnhofsplatte: Debakel ohne Ende?



von Michael Dubielczyk
Für DIE LINKE in der Bezirksvertretung Mitte

■ Bei der Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes kommt es immer wieder zu Verzögerungen und Komplikationen! Seit Monaten liegt der Platz öde und leer und sollte doch das attraktive Tor zur Innenstadt werden. Nicht nur die Besucher unserer Stadt sind entsetzt oder belustigt über den trostlosen Anblick. Auch die Duisburger Bürger und Bürgerinnen sind empört über diese Entwicklung!

Die Überdeckung der A 59 war im Frühjahr 2011 soweit abgeschlossen, dass entsprechend dem Ratsbeschluss vom 6.12.2010 die beschlossene Gestaltung des Platzes möglich gewesen wäre. Die Bezirksregierung hat dann dem Planungsausschreiben und dem Beginn der Bauarbeiten zugestimmt und die erforderlichen Fördergelder in Höhe von 2,2 Millionen Euro mit Bescheid vom 14.12.2011 bereitgestellt. Obwohl die Bauleistungen am 06.01.2012 ausgeschrieben wurden, ging kein wirtschaftlich vertretbares Angebot ein, worauf die Ausschreibung Ende Februar 2012 aufgehoben wurde. Mitte Mai stellte sich dann urplötzlich heraus, dass dieses Leistungsverzeichnis Kalkulationsfehler

enthielt und somit die gewünschten Leistungen nicht mehr zu den kalkulierten Preisen zu erhalten waren!

Wer hat sich verrechnet? Wer trägt die Schuld?

Der Geschäftsführer der IDE (Innenstadt Entwicklungsgesellschaft) Ralf Oehmke musste dann kleinlaut eingestehen, dass die geplanten Themeninseln nicht für den bereitgestellten Betrag gebaut werden konnten.

Wer diese Summe aus der klammen Stadtkasse in den Sand gesetzt hat, ist nach wie vor ungeklärt. Wer hat sich nun eigentlich bei dem 3 Millionen -Projekt um eine ganze Million verrechnet? Und warum ist der Fehler niemandem aufgefallen? Die Planung lag in den Händen der Landschaftsarchitekten Kipar, einem Mailänder Büro mit Sitz in Duisburg. Ausgewählt wurde dieses Büro vom damaligen OB Sauerland, Ex-Baudezernent Dressler und Dr. Ralf Oehmke von der IDE. Sie lobten den Kipar-Entwurf über den grünen Klee! Erst 5 Monate später – im Juni dieses Jahres – wurde die Politik über das Desaster unterrichtet.

In der gemeinsamen Sitzung der BV Mitte und des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Verkehr hat das Büro Kipar eine eilig zusammengeschusterte Sparversion



präsentiert, die bei den Anwesenden Hohngelächter und Kopfschütteln hervorrief. Daraufhin hat die Stadt die Zusammenarbeit mit dem Büro Kipar eingestellt. Das Honorar für die nachweislich fehlerhafte Planung von 200.000 Euro hat Herr Kipar dennoch klaglos eingestrichen! Für das arme Duisburg viel Geld, das jetzt an allen Ecken und Enden fehlt!

Das Debakel wird wahrscheinlich noch größer. Denn die bereitgestellten Landesmittel aus dem Städtebauförderungsprogramm in Höhe von etwa 2,2 Mio. Euro müssen bis zum Ende dieses Jahres abgerufen werden, sonst besteht die Gefahr, dass die Summe an das Land NRW zurückgegeben werden muss. Bisher ist noch nicht

geklärt, ob diese Summe bereits am 31.12.2012 verfällt oder erst Ende 2015, wenn die Gelder verbaut worden sind. Ob das Planungsdebakel diese Folgen haben wird, konnte die NRW-Behörde bis heute nicht beantworten!

Bleibt am Ende die Frage, wer für diesen Schaden haften wird und ob die Stadt Regressansprüche geltend machen kann. DIE LINKE fordert schnelle und lückenlose Aufklärung!

Was wird nun aus dem Bahnhofsvorplatz? Dem Vernehmen nach wird jetzt geprüft, ob der Straßenverkehr über die Platte gelenkt wird, wenn die geplanten zwei Hotelneubauten in unmittelbarer Nähe des Bahnhofes errichtet werden.

Korruption im öffentlichen Bereich: Prävention ist gefragt!

von Hermann Dierkes

■ Seit 2009 sind laut Landeskriminalamt NRW mehr Korruptionsfälle im öffentlichen Bereich aufgedeckt worden, Tendenz steigend: Waren es 2008 noch 80 Fälle, so bereits 313 in 2011. Der Schadensumfang beläuft sich für 2011 auf 134,6 Mio. Euro. Dabei entfallen allein auf den Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes – der das Landesarchiv am Duisburger Innenhafen bauen lässt – 98 Mio. Euro. Oft sind weitere Straftaten dabei: Untreue, Urkundenfälschung, Strafvereitelung im Amt und Steuerhinterziehung. Ein Schwerpunkt der Korruption liegt nach wie vor bei den Immobilien, also Grundstücksgeschäfte, Neubauten usw. Er beschränkt sich aber nicht darauf, wie auch die aufgedeckten Fälle in Duisburg zeigen. Da wurde die Behindertenwerkstatt viele Jahre von Geschäftsführern zum eigenen Vorteil ausgenommen, im Straßenverkehrsamt kassierte jemand für Genehmigungen ab, beim zentralen Einkauf (ESD) führte die Geschäftsführerin ein üppiges Leben auf Kosten der Stadt und bei der Auftragsvergabe scheint auch nicht alles mit rechten Dingen zugegangen zu sein. Ob der enorme und derzeit noch nicht abschließend zu beziffernde Schaden für die städtische Gebag mit



ihrem Engagement bei der spektakulär geplanten Erweiterung der Küppersmühle (Stichwort: »Schuhkarton«) letztlich nur mit Unfähigkeit und Leichtsinns der Geschäftsführer sowie Druck aus dem Rathaus erklärt werden kann, ist derzeit noch nicht beantwortet. Die Staatsanwaltschaft ermittelt und die hausinterne Aufklärung durch kommissarischen Geschäftsführer und Rechnungsprüfungsamt läuft weiter.

Der im Sommer bei der städtischen Mercatorhalle aufgedeckte Großpfusch am Bau ist der jüngste spektakuläre Fall. Die 2007 eröffnete Halle muss mindestens ein Jahr geschlossen bleiben, um Unterlassungen beim Brandschutz zu beseitigen. Diese wurden bei der fälligen Wiederholungsuntersuchung durch Experten aufgedeckt.

Bereits bei der Erstabnahme hätte der Pfusch – an dem drei Firmen beteiligt waren – auffallen müssen. Der seinerzeit verantwortliche Projektleiter im Planungsdezernat steht im erhärteten Korruptionsverdacht und wurde bereits gefeuert. Dass damals ausgerechnet die Gebag mit dem Controlling beauftragt war, ist eine weitere makabre Spitze.

Auffällig ist, dass überwiegend gut bezahltes Führungspersonal alle Hemmungen fallen ließ. Eine große Verwaltungsorganisation besteht sicherlich nicht aus Engeln. Das Personal bildet von oben bis unten unsere Gesellschaft ab, so wie sie ist. Das ist in einer öffentlichen Verwaltung prinzipiell nicht anders, als in der privaten Wirtschaft. Aber sie steht in anderer

moralischer Verantwortung. Sie muss anders »ticken« als Private, deren Ziel die Gewinnmaximierung ist. Deutlich wurde auch, dass die Betroffenen ihren schmutzigen Geschäften lange nach gehen konnten, ohne dass es auffiel. Es muss also mit den Strukturen zu tun haben und mangelnder Kontrolle. Da muss angesetzt werden. Konsequente Prävention ist gefragt! Teil eines Maßnahmenbündels sollten auch interne Vertrauenspersonen sein, an die sich Beschäftigte wenden können, wenn sie »Unregelmäßigkeiten« erkennen. Aufgedeckte Fälle müssen konsequent geahndet werden. Firmen, die sich der Korruption schuldig gemacht haben, müssen ggfs. von öffentlicher Vergabe ausgeschlossen werden.

Impressum

Herausgeberin
DIE LINKE Ratsfraktion Duisburg,
Gravelottestr. 28, 47053 Duisburg
Telefon: 0203 / 9 30 86 93
Fax: 0203 / 9 30 86 94
buero@linksfraktion-duisburg.de

V.i.S.d.P.: Thomas Keuer, Mitglied des Fraktionsvorstandes (Anschrift wie Herausgeberin)

Auflage
20.000

Satz
Mediendepot Ruhr, Duisburg

Druck
BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, Berlin